

Klingbeil will die private Altersvorsorge stärker lenken

Das SPD-geführte Finanzministerium erwägt staatliche Eingriffe in die geplante «Frühstart-Rente» – Kritiker warnen vor den Folgen

Die von der deutschen Regierungskoalition geplante «Frühstart-Rente» könnte deutlich stärker staatlich reguliert werden als ursprünglich vorgesehen. Wie die NZZ aus Regierungskreisen erfuhr, erwägt das vom SPD-Politiker Lars Klingbeil geführte Bundesfinanzministerium, die Auswahl der Fonds und Wertpapiere, in die das angesparte Kapital investiert werden kann, von staatlicher Seite einzuschränken. Dies würde von den ursprünglichen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag abweichen.

Dort hatte das Bündnis aus Unionsparteien und SPD vereinbart, die Frühstart-Rente zum 1. Januar 2026 einzuführen. Laut dem Koalitionsvertrag sollen für jedes Kind, das eine Bildungseinrichtung in Deutschland besucht, vom sechsten bis zum achtzehnten Lebensjahr monatlich zehn Euro in ein «individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot» eingezahlt werden. Das angesparte Kapital soll demnach «vor staatlichem Zugriff geschützt» sein und erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt werden.

Einflussnahmen befürchtet

Auf Anfrage hält sich das Finanzministerium vorerst bedeckt. «Die Stärkung der Altersversorgung ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen», sagte ein Sprecher der NZZ. Man befinde sich derzeit in der Konzeptionsphase und könne zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Details nennen.

Diese vagen Formulierungen nähren die Befürchtungen der Kritiker. Der Wirtschaftsrat der CDU, ein wirtschaftspolitischer Verband mit engen Verbindungen zur Union, befürchtet eine schleichende Verstaatlichung der privaten Altersvorsorge. «Jedwede Form staatlicher Kontrolle über Unternehmensbeteiligungen zur Altersvorsorge oder eines Vorsorgeproduktes mit staatlichem Siegel muss unbedingt verhindert werden», heisst es in einem Positionspapier, das der NZZ vorliegt.

Sollte der Staat tatsächlich vorgeben, in welche Fonds oder Wertpapiere investiert werden darf, würde dies den Wettbewerb massiv verzerren. Staatlich bevorzugte Produkte hätten dann unfaire Vorteile: Keine oder geringere Vertriebskosten, implizite Staatsgarantien im Krisenfall, und die Entwicklungskosten würden vom Steuerzahler getragen. Private Anbieter hingegen würden systematisch benachteiligt, heisst es in dem Papier.

Besonders kritisch sieht der Wirtschaftsrat den potenziellen politischen Einfluss, den ein staatlich gelenkter Fonds haben könnte. In dem Papier heisst es, dass «eine Bundesregierung früher oder später einen Alterssicherungsfonds unter staatlicher Kontrolle missbrauchen könnte, um auf eine politisch-ideologisch motivierte unternehmerische Corporate Governance hinzuwirken». Als mögliche Einflussnahmen nennt das Papier konkret: die Durchsetzung von Frauenquoten in Vorständen und Aufsichtsräten,

betriebliche Mindestlöhne, «gestauchte Vergütungsstrukturen oder den Erhalt unrentabler Standorte». Das Papier verweist dabei auch auf historische Erfahrungen: «Staatliche Rentenkassen wurden immer wieder von der Politik zweckentfremdet, um heute mehr Geld auszugeben, das dann morgen den Beitragszahlern und Rentnern fehlt.»

Jährlich 84 Millionen Euro

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, sieht die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge grundsätzlich als richtigen Weg. «Ein Vorsorgefonds, der direkt oder indirekt staatlicher Kontrolle unterliegt, wäre jedoch der gänzlich falsche Weg», sagt er warnend. Ein solches Vorgehen würde seiner Ansicht nach zu Marktverzerrungen bei den Altersvorsorgeprodukten führen und berge das Risiko, «dass der Staat massiven politischen Einfluss auf die Unternehmen gewinnt, in die investiert wird».

Wenn die Frühstart-Rente rechtzeitig zum Jahreswechsel starten soll, muss Finanzminister Klingbeil spätestens bis zum Herbst dem Kabinett ein vollständiges Konzept vorlegen. Dann wird sich auch zeigen, ob die Koalition an ihrer Zusage einer privatwirtschaftlich organisierten Lösung festhält – und woher die geschätzten 84 Millionen Euro jährlich pro Jahrgang kommen sollen. Diese Summe hatte der CDU-Chef Friedrich Merz angesichts von rund 700 000 jungen Menschen pro Jahrgang prognostiziert.

Wörter: 512
Autor/-in: JOHANNES C. BOCKENHEIMER, BER-
LIN
Seite: 2 bis 2
Rubrik: Politik
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: 20250811
Ausgabe: Einzelausgabe¹
Auflage: 9.065 (verkauft)¹
9.213 (verbreitet)¹

¹
von PMG gewichtet 10/2024